

Die Gemeinwohlökonomie - ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft¹

Christian Felber²

Zusammenfassung:

Es gibt eine Alternative zu Kapitalismus und Planwirtschaft. Die Gemeinwohl-Ökonomie baut nicht auf Gewinnstreben und Konkurrenz, sondern auf Gemeinwohl-Streben und Kooperation – denselben humanen Grundwerten, die unsere zwischenmenschlichen Beziehungen gelingen lassen. Gewinn ist nur noch Mittel, nicht mehr Zweck der unternehmerischen Tätigkeit. Die Gemeinwohlbilanz wird zur Hauptbilanz: Je sozial verantwortlicher, ökologisch nachhaltiger, demokratischer und solidarischer sich Unternehmen verhalten, desto mehr Vorteile – von niedrigeren Steuern, Zöllen und Zinsen bis zum Vorrang beim öffentlichem Einkauf – erhalten sie. Die Systemdynamik belohnt endlich die richtigen Verhaltensweisen: Ehrlichkeit, Empathie, Kooperation, Großzügigkeit und Solidarität. In der Gemeinwohl-Ökonomie stimmen die Werte unserer Alltagsbeziehungen mit den Werten der Wirtschaft überein. „Die Gemeinwohlökonomie ist weder das beste aller Wirtschaftsmodelle noch das Ende der Geschichte, nur ein nächster Schritt nach den Extremen Kapitalismus und Kommunismus. Sie ist ein partizipativer Prozess, entwicklungs offen und sucht Synergien mit ähnlichen Ansätzen“ (www.s.u.)



Aus der Einführung von Dr. Wolfram Eckloff:

„Meine Damen und Herren, ich bin sehr glücklich, dass wir an diesem Tag, dem 6. Oktober, Christian Felber hier in Lübeck zu Gast haben dürfen, denn

¹ Der Vortrag fand am 6. 10.2015 in der GEMIEINNÜTZIGEN in Lübeck statt. Er wurde durch großzügige Spenden der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung Lübeck sowie der Sparda-Bank Hamburg gefördert. Der Naturwissenschaftliche Verein zu Lübeck dankt herzlich dafür.

² Univ.-Lektor Mag. CHRISTIAN FELBER, Jg. 1972, studierte Spanisch, Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaft in Madrid und Wien, wo er heute als freier Publizist und Buchautor lebt. Er ist international gefragter Referent, zeitgenössischer Tänzer, Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien und Autor mehrerer Wirtschaftsbestseller ("50 Vorschläge für eine gerechtere Welt", "Neue Werte für die Wirtschaft", „Gemeinwohl-Ökonomie“, „Retten wir den Euro!“, „Geld. Die neuen Spielregeln“). Er initiierte den Aufbau der „Gemeinwohl-Ökonomie“ und der „Bank für Gemeinwohl“. Im Netz: www.ecogood.org, www.mitgruenden.at, www.christian-felber.at

es ist auch ein großer Geburtstag zu feiern: Denn am 6. Oktober 2010 begann auf einem Symposium von attac-Österreich mit den ersten 20 Pionierunternehmen der Gemeinwohlökonomie-Prozess. Herzlichen Glückwunsch, Herr Felber, für die nun folgenden 5 Jahre, an deren Ende vielleicht etwas ganz Großes stehen wird, das ich noch gar nicht in Worte fassen kann –.

Wie konnte die Idee der Gemeinwohlökonomie in so kurzer Zeit so erfolgreich sein, wo sie doch den ganzen klassischen Wirtschaftsegoismus gegen sich hat? – Nun dürfen Sie sich zurücklehnen. Aber passen Sie auf, Herr Felber wird Sie auch herausfordern, mitzudenken!“

Christian Felber: Die Gemeinwohlökonomie, die ich jetzt vorstellen werde, ist nicht nur eine schöne Vision, sondern auch eine ganz tatkräftige Bewegung, an der sich jede Person beteiligen kann.

Brauchen wir denn überhaupt eine neue Wirtschaftsordnung?

Diese Frage wird von immer mehr Menschen weltweit bejaht, weil die gegenwärtige Wirtschaftsordnung nicht nur viele Probleme löst, sondern auch viele neue Probleme schafft oder verschärft. In Spanien zum Beispiel ist das allen klar, bei einer Jugendarbeitslosigkeit von über 50% hat nicht einmal jeder zweite Jugendliche die Aussicht eine bezahlte Arbeit zu finden. In Mexiko ist das allen klar, wo immer noch 20% unter der extremen Armutsschwelle leben.

Wenn ich dort erzähle, dass sich in Deutschland oder in Österreich die Mehrheit der Bevölkerung eine andere Wirtschaftsordnung wünscht, dann stoße ich auf sehr, sehr kräftiges Staunen und auf Ungläubigkeit. Dann erkläre ich, dass die Krise nicht nur materielle Gesichter und Dimensionen hat, sondern gleichermaßen immaterielle Gesichter und Dimensionen.

Da wir hier vom Naturwissenschaftlichen Verein eingeladen sind, würde Sie die Aussicht auf ein Wirtschaftswachstum von 1% betrüben, denn das ist ja schon fast ein unsichtbares Wachstum. Aber: Wenn die Wirtschaft in den nächsten 1.000 Jahren, denn wir wollen ja zukunftsorientiert denken, um 1% jährlich wachsen sollte, dann würde sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um den Faktor 20.959 vervielfachen. Und ich frage, ob sie glauben, dass wir dann 20.959 mal glücklicher werden oder ob es möglich ist, dass wir 20.000 mal so viele Ressourcen verbrauchen wie heute. Aber die absolute Entkoppelung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum, dass wir ein größeres BIP mit weniger Ressourcenverbrauch erzeugen, hat es bisher mit keinem Jahr gegeben. Eine relative Entkoppelung, dass der Ressourcenverbrauch langsamer wächst, gab es, aber in keinem Jahr ging der Ressourcenverbrauch zurück, wenn die Wirtschaft wuchs.

Das ist eine sehr sonderbare Größe, auf die wir da starren, aber die wichtigsten Projekte, die derzeit von den politischen Eliten vorangetrieben werden wie zum Beispiel das TTIP, das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union, werden deshalb verwirklicht, „weil es für uns alle gut ist“. Warum ist es für uns alle gut? Weil es ein Wirtschaftswachstum von 0,01% in den nächsten 10 Jahren verspricht.

Zuletzt gab es eine Umfrage des deutschen Bundesumweltministeriums gemeinsam mit dem Bundesumweltamt, ob die Bevölkerung denn das überhaupt wünscht, ein weiteres BIP-Wachstum. Ja: 18% der Menschen in Deutschland wünschen sich ein weiteres BIP-Wachstum unter gegebenen Bedingungen. 67% wünschen sich die Ablösung des BIP durch einen Wohlstandsindikator, der die tatsächliche Lebensqualität und Zufriedenheit in ihrer ganzen Vielfalt misst. Das war nur eine Krise von vielen anderen, wo hier die Zeit fehlt darauf einzugehen.

70% der Menschen, die in den USA das Privileg innehaben einen gut bezahlten, festangestellten und sozial abgesicherten Arbeitsplatz zu haben, geben an, dass sie praktisch keinen Sinn erfahren in der Arbeit. Aber sie arbeiten so viel und heute länger als vor 20 Jahren, dass sie keine Zeit mehr für ihre Kinder haben.

In Wien, der Kulturhauptstadt, sind heute 15% der 15 bis 25 jährigen Jugendlichen kaufsuchtgefährdet vor lauter Sinnlosigkeit und Beziehungsarmut. Bei den ersten Kindern wurde Bildsucht diagnostiziert, das heißt, sie können ein stehendes Bild nicht ertragen, ohne Krankheitssymptome zu zeigen.

Ein letztes Beispiel „Geiz ist geil“ ist ein Wert, der bisher in keiner Kultur, in keiner Epoche ein positiver Wert war. Plötzlich soll das ein positiver Wert sein aufgrund der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung.

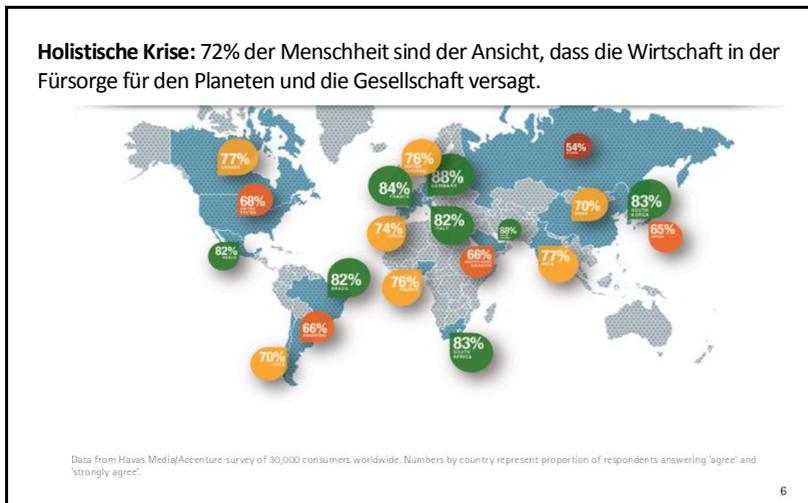
5% der Bevölkerung geben in Deutschland an, dass sie das Empfinden haben, dass ihr Mitwirken in der Politik, außer dem Kreuzchen für eine Partei alle vier Jahre, einen entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens hat. 5% erachte ich für zu wenig!

Und „147 Konzerne beherrschen die Welt“ ist keine Behauptung von ATTAC

- Verteilungskrise: 1% hat mehr als 99% (Oxfam)
- Hungerkrise: 805 Millionen Menschen unterernährt
- Umweltkrise: „Welterschöpfungstag“ im August
- Sinnkrise: Gallup: 2/3 ohne Herzblut in der Arbeit
- Wertekrise: „Geiz ist geil“ - wirklich?
- Demokratielkrise: 5% „Mitbestimmung durch Wahlen“
- Machtkrise: 147 Konzerne beherrschen die Welt

Deutschland, sondern eine sehr anerkannte Studie der eidgenössischen technischen Hochschule Zürich. Sie hat 40.000 transnationale Unterneh-

men unter die Lupe genommen, wie sie untereinander verflochten sind, und das Ergebnis war, dass 147 Supereinheiten 40% des Kapitals dieser 40.000 Unternehmen kontrollieren. Also jedem Menschen, dem eine liberale Gesellschafts- oder auch Wirtschaftsordnung am Herzen liegt, muss hier auf den Alarmknopf drücken! Das ist eine Machtkonzentration, die die Demokratie und die gleiche Freiheit für alle und die gleichen Rechte für alle stark gefährdet!



Dies war jetzt ein kleiner Rundlauf durch die Facetten der Krisen – nicht vollständig, sondern nur Kostproben, um zu erklären, warum in Deutschland, diesem wunderbaren, reichen, vermögenden, friedlichen und erfolgreichen Land, 88% der von der Bertelsmann-Stiftung befragten Menschen angeben, dass sie sich eine andere Wirtschaftsform wünschen. Das ist ja wirklich nicht zu erklären, wenn man täglich die Frankfurter Allgemeine Zeitung liest oder die Süddeutsche oder die Zeit. In Österreich sind es sogar 90%, die sich eine andere Wirtschaftsform wünschen. Und die Titelschlagzeilen der Leitmedien sind *nicht* voll mit „Welche ist die neue Wirtschaftsordnung?“.

Gibt es schon ansatzweise Alternativen?

Ja, es gibt sie! Auch wenn sie nicht täglich in den Zeitungen vorgestellt werden und auch wenn manche Politikerinnen sagen, „es gibt keine Alternative!“ Und hier sind, auch nicht vollzählig, sondern einfach in einer Auswahl Alternativen, die sich schon entwickeln, völlig unabhängig von den Berichten der Frankfurter Allgemeinen. Das sind die Synergie-Partner in der Gemeinwohlökonomie, wir

bezeichnen sie auch als unsere Freunde und Freundinnen. Sie alle existieren und sind keine theoretischen Modelle.

Ein Beispiel: In den Genossenschaften dieser Erde sind 750 Millionen Menschen hauptamtlich beschäftigt und in den schon angesprochenen 40.000 transnationalen Konzernen sind 250 Millionen Menschen beschäftigt, genau ein Drittel der Beschäftigten der Genossenschaften. Und es sind auch dreimal so viele Menschen MiteigentümerInnen einer Genossenschaft als Aktionäre oder Aktionärinnen weltweit. Einige dieser Keimlinge sind zwar noch nicht systemrelevant, aber sie sind schon ganz beachtliche Pflänzchen. In der Zukunft sind sie vielleicht das vielfältige Ökosystem der alternativen Wirtschaftsordnung oder Wirtschaftskultur von morgen. Die Gemeinwohlökonomie ist eine davon. Am 13. Februar 2016 feiern wir im Wiener Volkstheater mit politischer und künstlerischer Prominenz das fünfjährige Bestehen dieser Bewegung!

- Fairer Handel
- Ethische Banken
- Solidarische Ökonomie
- Gemeingüter-Bewegung („Commons“, Allmenden)
- Transition Town
- Postwachstumsökonomie
- Blue Economy, Share Economy, Circular Economy, ...

Warum hat sich die Gemeinwohlökonomie in 5 Jahren schon auf 40 Staaten ausgebreitet?

Die Attraktion der Gemeinwohlökonomie erklären wir uns auf verschiedene Weise. Ein Erklärungsansatz ist, dass die Gemeinwohlökonomie nichts Neues vorschlägt, sondern das, was wir immer alle schon gewusst haben und in unseren Herzen tragen: Die Werte, die Beziehungen gelingen lassen und die auch in unseren Verfassungen verankert sind, die sollen zur Grundlage des Wirtschaftens werden, aber wirklich und nicht nur vom Apell oder Anspruch her.

Die Gemeinwohlökonomie ist nicht nur ein theoretisches *Modell*, sondern sie hat auch einen *Umsetzungsvorschlag* entwickelt, wie denn diese Alternative, falls sie denn mehrheitsfähig sein sollte, umgesetzt werden könnte. 25 Jahre Erfahrungen in der politischen Arbeit haben mich zu der Erkenntnis gebracht, dass es genau gar nichts nützt, wenn man eine Idee, ein Konzept oder ein Modell hat, das mehrheitsfähig ist, wenn die Bereitschaft im gegenwärtigen Demokratie-Modell nicht vorhanden ist, diese mehrheitsfähige Alternative auch umzusetzen. Deshalb erachten wir es als mindestens gleichermaßen wichtig, einen Weg der möglichen Umsetzung dieser Idee vorzuschlagen. Und im dritten Teil stelle ich die *Bewegung* vor, die sich in diesen 5 Jahren gebildet hat. Die Gemeinwohlökonomie ist ein ganzheitlicher Ansatz, und der zeigt sich nicht nur in diesem Dreiklang,

sondern der zeigt sich zunächst gleich mal im Modell, das ich als erstes vorstellen möchte.

Einige Anmerkungen zur Ökonomie als Wissenschaft

Die Wirtschaftswissenschaften gehören zu den jüngeren Disziplinen. Der berühmteste Nationalökonom aller Zeiten war kein Grieche, sondern ein Schotte, und ADAM SMITH war von seiner Ausbildung her kein Ökonom, weil er noch gar keiner sein konnte, weil es die Wirtschaftswissenschaft noch nicht gab zu seiner Zeit. Er war Moralphilosoph, Ethik war seine Kernkompetenz und sein erstes wichtiges Buch war über die Theorie der ethischen Gefühle und erst das zweite Buch „Der Wohlstand der Nationen“ hat ihn dann weltberühmt gemacht. Aber es hat dann noch länger gebraucht, bis aus diesem Denkansatz eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin wurde. An der famosen Cambridge Universität wurde dann der Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften im 20. Jahrhundert eingerichtet. Seither hat sie sich zunehmend verengt und verarmt. Und Zeitgenossen, wie THOMAS SEDLACEK, der Volkswirtschaft erfolgreich studiert hat, sagt, es finde eine zunehmende Mathematisierung und deshalb eine intellektuelle Verarmung und Verengung dieser Disziplin im Mainstream statt. Es gibt auch neuere Strömungen zum Beispiel die „postautistische Ökonomie“, die eh schon alles sagt. Den zumindest partiell progressiven Autismus der Ökonomie hat ein Österreicher sehr schön auf den Punkt gebracht: KARL KRAUS, ein Humorist, erzählt, dass ein Student ganz aufgeregt zu ihm gelaufen kam: „Herr Kraus, Herr Kraus! Was soll ich nur studieren?“ Und der Herr Kraus hat geantwortet: „Jetzt beruhig dich, hör auf dein Herz, was spricht es?“ „Wirtschaftsethik“ „Nein, da musst du dich *entscheiden!*“ - Und dieser Witz hat sich dann tatsächlich begeben an der berühmten LSE, der London School of Economics, in den 1990er Jahren. Da wurde der LSE eine Stiftungsprofessur, also ein kostenloser Lehrstuhl für Business Ethics angeboten. Die LSE hat abgelehnt mit der Begründung, sie wüsste nicht, was das eine mit dem anderen zu tun habe -.

Wem dient die Wirtschaft – wem soll sie dienen?

Das ist kein Witz! Und genau diese Sichtweise teile ich nicht. Für mich ist die Wirtschaft ein Werkzeug. Also sie ist zunächst einmal kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, im Dienst menschlicher Gesellschaften. Sie soll deshalb die gleichen Werte bekommen und fördern, die in diesen Gesellschaften hochgehalten werden und in deren Verfassungen stehen, den demokratisch beschlossenen Spielregeln folgen, nicht eigene Werte erzeugen, auch nicht Egoismus und Konkurrenz zum Beispiel, nicht nur Geiz nicht, sie soll nicht die Gesetze machen, und alle anderen müssen dann in einer marktkonformen Demokratie die Wirtschaftsgesetze befolgen, und sie soll auch die Grundlagen des Lebens und damit

auch des Wirtschaftens, das sind nun mal die Ökosysteme des Planeten, immer mit im Auge behalten. Das heißt: Mitdenken in der ökonomischen Theoriebildung und Mitrechnen in der ökonomischen Praxis, d.h. in der ökonomischen Kosten- und Erfolgskalkulation.

Nur wenn ich weiß, ob sich das ökologische Kapital vermehrt oder konstant bleibt oder verringert, weiß ich verlässlich, ob diese wirtschaftliche Tätigkeit ganzheitlich erfolgreich war oder nicht. Man muss also das Wirtschaftsgeschehen in seine Kontexte ein-



betten, in den sozialen, kulturellen, ethischen, demokratischen und ökologischen Kontext, was ein ganzheitlicher Ansatz der Gemeinwohlökonomie ist.

Dieser Ansatz grenzt sich ab zu der immer noch andauernden Finanzialisierung und Mathematisierung bis hin zum Klimaxstadium dieser Verirrung, dass Geld das Ziel des Wirtschaftens sei.

Dazu muss ich hier Folgendes berichten. Ich werde oft an wirtschaftsbildende Schulen eingeladen, auch an wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten, und die erste Frage an die Studenten ist immer: „Welches ist das Ziel des Wirtschaftens?“ Die Antworten sind immer „Geld und Gewinn und Profit“. Dann frage ich: „Wer sagt das?“ Die Studenten: „Ja, das lernen wir so.“ Ich: „Und wie wird das begründet?“ Studenten: „Keine Ahnung.“

Das heißt, was das Ziel ist, ist klar. Aber warum das das Ziel sein sollte, darüber herrscht absolute Bewusstlosigkeit.

Als ganzheitlich zu denken versuchender Mensch leiste ich mir den Luxus, dass ich manchmal auch auf meine Intuition höre. Und meine Intuition am stillen See in der schönen Natur fragt sich, was wäre das logische Ziel des Wirtschaftens, wenn diese Betrachtung zutreffend ist, dass die Wirtschaft nur ein Werkzeug im Dienste menschlicher Gesellschaften im Rahmen der ökologischen Grenzen des Planeten sei: *Das Gemeinwohl* wäre das Ziel. Das sagt die Intuition.

Was steht in den Verfassungen der Länder?

Jetzt ist die Intuition leider keine Naturwissenschaft, das heißt wir müssen da noch weitere Quellen befragen, und das habe ich getan. Ich bin in Salzburg aufgewachsen, das ist neben Bayern, und in der bayrischen Verfassung sowie in der deutschen Verfassung steht (leider nicht in der Verfassung von Schleswig-Holstein): „Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“ Was für ein denkwürdiger Satz.

„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“

Art. 151, Bayrische Verfassung

„Kapitalbildung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft.“

Art. 157, Bayrische Verfassung

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Grundgesetz, Art. 14

„Die wirtschaftliche Aktivität und die Privatinitiative sind frei, innerhalb der Grenzen des Gemeinwohls.“

Verfassung Kolumbiens, Art. 333

Und was ist nun Eigentum? Ein Unternehmen ist zum Beispiel ein Eigentum, egal ob privat, öffentlich oder gemeinschaftlich, und laut Grundgesetz verpflichtet, dem Gemeinwohl zu dienen. Und wie stellen wir das fest, ob ein Unternehmen dem Gemeinwohl dient? Wie messen und überprüfen wir das? Und wie anerkennen wir das, wenn der Verfassung gedient wird? Und wie kreiden wir das Negative an, wenn dem überhaupt nicht nachgekommen wird? – Und da ist nichts! *Die verpflichtende Gemeinwohlbilanz* gibt es weder für Aktiengesellschaften, noch für öffentliche Unternehmen wie zum Beispiel die Deutsche Bahn. Aber das wäre doch der logische Lückenschluss zwischen diesem grundgesetzlichen Mandat und dann der Ausführung und Umsetzung in der realen Wirtschaftsordnung.

Gute Nachricht: Es gibt keine Verfassung, die als Oberziel für das Wirtschaften ein anderes Ziel vorgibt als das Gemeinwohl. Und das Kapital hat auch seine verfassungsmäßig zugewiesene Rolle: Alle Verfassungen, die etwas über die Rolle des Geldes oder des Kapitals aussagen, sagen, es ist das Mittel und nicht der Zweck! – Sie sagen also etwas anderes als das, was die Wirtschaftsstudenten zumindest verstehen. Auch in der kolumbianischen Verfassung, nur um zu zeigen wie unexotisch das Gemeinwohl ist, steht: Wirtschaftliche Initiative ist frei, aber die obere Begrenzung ist das höhere Ziel, das Gemeinwohl.

Kapitalismus – Gemeinwohl – Kommunismus

Sie (*Eckloff*) hatten in Ihren einführenden Worten gesagt, dass die Gemeinwohl-ökonomie eine Wirtschaftsordnung nach den Extremen des Kommunismus und des Kapitalismus sein möchte. Das sehen wir auch so, indem wir dieses duale Denken versuchen zu überwinden. Kapitalismus und Kommunismus stehen jeweils für einen ganz hohen Wert, aber sie überhöhen diesen Wert auf Kosten des anderen gleichhoman so möchte, steht den Wert der Freiheit, Wert ist, und der für den Wert der auch ein ganz hoher ich den Gemein-Sozialismus überhöhe, verloren, um es ein-umgekehrt, wenn ich übertreibe, dann ge-Beziehungen und die sellschaft und die schaft verloren. Das *entweder* das Eine muss alles *privat* sein *staatlich* sein, das sind die Extreme. JOHN KENNETH GALBRAITH hat das wunderbar aufgelöst. Er hat gesagt: „Der Kapitalismus ist eine Gesellschaftsordnung, in der der Mensch den Menschen ausbeutet, und im Kommunismus ist es genau umgekehrt“. Diese Extreme sind im demokratischen Verfassungsbündnis bereits aufgelöst: Ja, es darf privates Eigentum geben, es ist sogar die private Unternehmensinitiative erwünscht und willkommen, aber sie muss unter Beweis stellen, dass sie das Gemeinwohl nicht schädigt. Und das wird eben noch nicht genau und konkret genug umgesetzt. Selbst in der Verfassung der Vereinigten Staaten ist das Gemeinwohl nicht das oberste Ziel des Wirtschaftens, sondern des gesamten demokratischen Staats und Gemeinwesens wie in zahllosen Verfassungen demokratischer Staaten. Das Gemeinwohl ist ein fest etablierter Verfassungsbegriff mit sehr, sehr langer Tradition.

Die einzige Innovation der Gemeinwohl-ökonomie-Bewegung besteht darin, dass wir die Werte, die in der Verfassung stehen, ernst nehmen und konkret in die real existierende Wirtschaft einbauen.

Christian Felber

hen Wertes. Wenn der Kapitalismus für der ein ganz hoher Kommunismus steht Gemeinschaft, der Wert ist, aber wenn schaftswert zum dann geht die Freiheit fach zu sagen, und den Freiheitswert hen die gelingenden demokratische Ge-solidarische Gemein-ist duales Denken: *oder* das Andere, hier und hier muss alles

Gemeinwohl ist nicht neu, es hat eine lange Geschichte

Im 13. Jahrhundert hat THOMAS VON AQUIN den Begriff so richtig etabliert. Aber den Gedanken – ohne den Begriff Gemeinwohl, zumindest wird er nicht so übersetzt –, den hat schon ARISTOTELES messerscharf unterschieden. Also

das, was ich hier vorstelle, ist nicht neu! Es ist seit den alten Griechen so. ARISTOTELES wird an manchen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten nicht unterrichtet, weil er nicht Ökonom war. Er konnte noch viel weniger ein Ökonom sein als ADAM SMITH, er war Philosoph, hat aber sehr scharf über wirtschaftliche Zusammenhänge nachgedacht und er hat sogar begrifflich zwei Wirtschaftsordnungen unterschieden. In der *Oikonomia* ist das Geld nur ein Mittel, um den Zweck des Wirtschaftens, das gute Leben, zu erzielen. Würde sich das umkehren, würde der Erwerb des Geldes zum Zweck der Tätigkeit werden, dann hätte Aristoteles das als widernatürlich bezeichnet und als *Chrematistike*. Das ist ein Synonym für Kapitalismus. Das Wort sagt es auch schon: Kapitalismus ist die Mehrung des Kapitals als oberster Zweck dieser Wirtschaftsform, das Gemeinwohl kann dabei als Nebeneffekt anfallen, muss es aber nicht. *Oikonomia* ist Gemeinwohlökonomie, das Kapital ist ein willkommenes, wertvolles Mittel, um das Gemeinwohl zu generieren. Sie sehen, hier hat eine Verkehrung von Zweck und Mittel stattgefunden. Das Gemeinwohl sollte das Ziel sein und das Kapital das Mittel, und in der heutigen Wirtschaftsordnung droht es sich umzukehren.– Ich will es hier in einer „Grafik“ darstellen. (- *der Autor geht auf die Bühne und macht einen Kopfstand.*) Das ist einer der wesentlichen Gedanken und ganz entscheidend. Nämlich bei der nächsten Station und Betrachtung der Wirtschaftsordnung: Bei der Feststellung von wirtschaftlichem Erfolg.

ARISTOTELES:

„oikonomia“: Geld ist ein Mittel → „*natürlich*“

„chrematistike“: Geld ist Zweck → „*widernatürlich*“

Wie wird der wirtschaftliche Erfolg gemessen?

Warum ist es so wesentlich zu wissen, was das Ziel und was das Mittel ist? Weil wir sonst nicht wissen, wie wir den Erfolg messen können. Erinnern wir uns nochmal kurz, wie wir den Erfolg in der Wirtschaftsordnung heute messen: Wachstum des BIPs (*Bruttoinlandsprodukt*). Und den Erfolg eines Unternehmens messen wir heute üblicherweise mit seinem *Kapitalgewinn*. Und wie messen wir den Erfolg einer Investition heute? Mit einer *Finanzrendite*. Das ist die heutige real praktizierte und existierende Wirtschaftsordnung.

– Erste Frage: Erkennen Sie eine Gemeinsamkeit bei diesen drei Parametern? Bei allen dreien geht es um die gleiche Maßeinheit, Geld. – Zweite Frage: Ist Geld das Ziel des Wirtschaftens? Laut Verfassungen eindeutig nein. Geld ist das Mittel. In der real praktizierten Wirtschaft .nein, mitunter vielleicht ja. Aber dann ist hier ein Widerspruch zwischen dem, was praktiziert wird, und dem, was in der Verfassung steht. – Dritte Frage: Was ist logischer, stimmiger und methodisch korrekter: Den Erfolg anhand ihrer Mittel, ihrer Verfügbarkeit und viel-

leicht sogar Anhäufung zu messen oder den Erfolg anhand der jeweiligen Ziele des Projektes und der Erreichung der Ziele zu messen? Das ist eine rhetorische Frage, denn weltweit gibt es kein Projekt, das versuchen würde, seinen Erfolg anhand der Mittel zu messen. Den Erfolg misst man immer ohne Ausnahme an den Zielen. Doch eine Ausnahme gibt es und das hat damit zu tun, dass offenbar nicht klar ist, was das Ziel ist.

Was soll das Ziel des Wirtschaftens sein und wer bestimmt es?

Nun ist die Gemeinwohlökonomie keine dogmatische Bewegung, die sagt „Das Gemeinwohl muss das Ziel des Wirtschaftens werden!“, nur weil es in den Verfassungen steht, die ja auch irren könnten, indem dort etwas steht, was von der Bevölkerung, vom Souverän, gar nicht geteilt wird. Und deshalb schlagen wir als demokratische Bewegung vor, wir klären das und wir befragen den demokratischen Souverän in dezentralen Versammlungen, welches das Oberziel des Wirtschaftens sein soll.

Und wenn der Souverän sagt, das Oberziel des Wirtschaftens soll das Wachstum des Kapitals sein, weil alles andere davon abhängt, dann, würden wir sagen, ist die derzeitige Methodik der ökonomischen Erfolgsmessung korrekt und endlich demokratisch legitimiert – wir müssen halt nur leider die Verfassungen ändern und das Gemeinwohl als Ziel des Wirtschaftens streichen.

Die zweite Möglichkeit ist, dass der Souverän sagt, wir sehen das wie die Verfassungen, ganz klar ist das Ziel das Gemeinwohl und das Kapital ist das Mittel zur Mehrung des Gemeinwohls. Dann müssten wir die Methodik der wirtschaftlichen Erfolgsmessung ändern, nämlich anpassen auf das Ziel. Wenn wir kohärent und logisch sein wollen, müssten wir ein *Gemeinwohlprodukt*, eine *Gemeinwohlbilanz* und eine *Gemeinwohlprüfung* für jede Investition entwickeln. Gute Nachrichten gibt es schon: Diese Befragung wurde vom Bundesumweltamt und Bundesumweltministerium bereits durchgeführt und 67% haben sich für die Messung des Erfolges in der Wirtschaft durch einen Indikator, der die umfassende Lebenszufriedenheit misst, ausgesprochen. Es gibt also schon eine Vorerhebung, was bei so einer Entscheidung heraus käme. Es gibt bereits von der OECD den Better-Life-Index, den Index für das bessere Leben. Es gibt den Happy-Planet-Index, von einem Londoner Thinktank (*Denkfabrik*). Und es gibt von einem buddhistischen Zwergstaat in Asien das Brutto-National-Glück. Und manche sagen: „Vergiss es, das Glück kann man doch nicht messen!“ Schauen sie doch mal nach Buthan. Die befragen alle zwei Jahre 6000 Haushalte zu allen Aspekten von Lebensqualität: Wie geht es ihnen? Wie geht es ihnen wirklich? Im Vergleich zum Vorjahr? Wird es ihren Kindern einmal besser gehen als ihnen? In Deutschland wurde diese Frage 1970 und 2017 gestellt: Vertrauen Sie

ihrem Nachbarn oder der nächsten Person, die Ihnen auf der Straße begegnet? In Deutschland hat sich der Vertrauensindex genau halbiert seit 1960. Wie geht's dem Vieh auf der Weide, dem Wald, den Fischen im Fluss? Können sie im Fluss baden ohne Gesundheitsrisiko? Können sie das Flusswasser trinken ohne Gesundheitsrisiko? Haben sie täglich ein oder zwei Stunden Zeit, um sich mal auszuspannen, ein Mittagsschläfchen zu halten, zu beten oder zu meditieren?

Das Gemeinwohlprodukt als Maß für die Zielerreichung

Unser Vorschlag ist nicht, dass wir das jetzt einfach Kopieren und eins zu eins auf Deutschland, Österreich und die EU übertragen, sondern dass wir uns inspirieren lassen vom Brutto-National-Glück, vom Better-Life-Index und uns als

Wirtschaftlichen Erfolg neu messen

Volkswirtschaft (Makroebene)
Bruttoinlandsprodukt > **Gemeinwohlprodukt**

Betriebswirtschaft (Mesoebene)
Finanzbilanz > **Gemeinwohl-Bilanz**

Investition (Mikroebene)
Return on Investment > **Gemeinwohl-Prüfung**

CHRISTOPH FELDER

freie souveräne Bürger und Bürgerinnen in unserer Lebensgemeinde in allen Kommunen der EU versammeln und die für uns 20 relevantesten Zutaten für Lebensqualität zu einem zunächst *kommunalen Gemeinwohlinde*x komponieren und den einmal jährlich messen, denn dann

wissen wir, ob es uns besser geht, gemessen an unseren höchsten Prioritäten und heiligsten Werten. Wir schicken dann eine Delegierte an den Bundeswirtschaftskonvent oder an die Europäische Wirtschaftsversammlung. Die schauen dann, welche Zutaten am häufigsten genannt wurden, und verdichten das zu einer finalen Alternative. Diese wird dann nicht oben entschieden, sondern zurückgeschickt an den demokratischen Souverän, und der wählt die finalen Komponenten für das *Gemeinwohlprodukt* aus. Dann haben wir ein demokratisches Gemeinwohlprodukt, und wenn das wächst, dann wissen wir verlässlich, dass jetzt entweder die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist oder die Ungleichheit zurückgegangen ist oder die Anzahl der HARTZ-IV-Haushalte sich verringert hat oder dass es dem Wald besser geht oder dass wir weniger Kriege haben oder mehr Demokratie, nämlich auch erfahrene Demokratie. Irgendetwas von dem, was wirklich wichtig ist, hat sich verbessert.

Wenn das BIP wächst, dann haben wir keinerlei Garantie, dass sich auch nur ein Grundwert verbessert hat oder auch nur ein Grundbedürfnis besser befriedigt ist als im Jahr davor. Und das kann man dem BIP auch nicht vorwerfen, da es nie dazu erfunden wurde, um den Wohlstand der Nation zu messen. Deshalb kann man das BIP auch weiterhin als statistische Messgröße betrachten, aber die Ökonomen und Ökonominen der Zukunft sollten den Erfolg einer Volkswirtschaft am Gemeinwohlprodukt messen, das die demokratisch legitimierte Zielerreichung einer Volkswirtschaft misst.

Die Gemeinwohlbilanz verbindet Unternehmen und Gesellschaft

Und die zweite verlässliche Korrelation ist, im Unterschied zur jetzigen Wirtschaftsordnung, die zwischen dem Erfolg eines Unternehmens und dem Erfolg der ganzen Gesellschaft. Das ist der springende Punkt! ADAM SMITH hatte noch davon geträumt, er hatte gesagt: Wenn wir das Eigeninteresse auf den Märkten entfesseln, dann führt eine unsichtbare Hand (es waren sich alle einig, dass er die Hand des lieben Gottes gemeint hat) diese Eigeninteressen zum Gemeinwohl zusammen. Das gewitzte an dieser Aussage ist, dass sie genauso gut richtig wie falsch sein kann. Sie ist nicht einfach falsch. Es gibt zahlreiche Unternehmen, die erfolgreich sind und Arbeitsplätze schaffen und sinnvolle Arbeit schaffen, die Beziehungen stärken, Demokratie stärken, das Geschlechterverhältnis verbessern und die Umwelt entlasten. Das geht und es gibt viele Beispiele dafür. Das Gegenteil ist aber genauso möglich, dass ein Unternehmen seinen Erfolg in der heute gemessenen Form verdoppelt, verdreifacht oder vervielfacht und gleichzeitig tausende Arbeitsplätze abbaut, den Druck auf die Beschäftigten erhöht und so Burnout- und Mobbingraten erhöht, die Ungleichheit vergrößert, Frauen diskriminiert, die Demokratie untergräbt und vielleicht sogar Waffen exportiert. Das ist genauso möglich. Das heißt, wir haben heute keinen verlässlichen Zusammenhang zwischen dem Erfolg eines Unternehmens und dem Erfolg der Gesellschaft. Für diesen verlässlichen Zusammenhang sorgt die *Gemeinwohlbilanz*. Je besser die Gemeinwohlbilanz-Ergebnisse der Unternehmen, desto größer ist das Gemeinwohl. Auch hier wird das fehlende Glied zum Grundgesetz, was ich schon angedeutet habe, ergänzt. Die Gemeinwohlbilanz wurde bereits von 250 Unternehmen aus ungefähr 5 Staaten final erstellt, extern auditiert und allgemein zugänglich veröffentlicht.

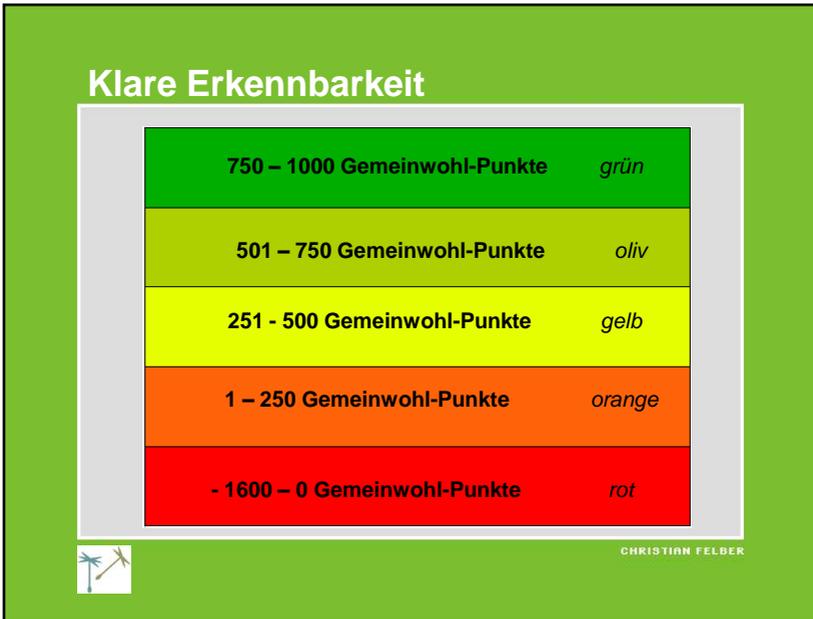
Die Gemeinwohlbilanz macht gelebte Werte messbar Wenn Sie die Werte betrachten, die in der Gemeinwohlbilanz gemessen werden, dann werden sie keinen einzigen neuen Wert darin entdecken. Menschenwürde, Solidarität, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie haben wir deshalb gewählt, weil es die häufigsten Verfassungswerte demokratischer Staaten sind. Die einzige

Innovation der Gemeinwohlökonomie-Bewegung besteht darin, dass wir die Werte, die in der Verfassung stehen und unserer Ansicht nach auch tatsächlich breitmehrheitlich geteilt und unterstützt werden, ernst nehmen und konkret in die real existierende Wirtschaft einbauen und die Unternehmen befragen: Was trägst du denn bei zur Erfüllung dieses Wertes? - Um dann diejenigen Unternehmen besser zu stellen, die diese Werte in einem höheren Grad erfüllen, sich also als verfassungstreuer erweisen als die Unternehmen, denen das egal ist.

Wert >		GEMEINWOHL ÖKONOMIE 				
Berührungsgruppe >	Menschenwürde	Solidarität	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Gerechtigkeit	Demokratische Mitbestimmung & Transparenz	
A) LieferantInnen	A1: Ethisches Beschaffungsmanagement				90	
B) GeldgeberInnen	B1: Ethisches Finanzmanagement				30	
C) MitarbeiterInnen inklusive EigentümerInnen	C1: Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung 90	C2: Gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit 50	C3: Förderung des ökologischen Verhaltens der MitarbeiterInnen 30	C4: Gerechte Verteilung des Einkommens 60	C5: Innerbetriebliche Demokratie und Transparenz 90	
D) KundInnen/ Produkte/ Dienstleistungen/ Mitunternehmen	D1: Ethische Kundenbeziehung 50	D2: Solidarität mit Mitunternehmen 70	D3: Ökologische Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen 90	D4: Soziale Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen 30	D5: Erhöhung der sozialen und ökologischen Branchenstandards 30	
E) Gesellschaftl. Umfeld: Region, Souverän, zukünftige Generationen, Mitmenschen und Natur weltweit	E1: Sinn und gesellschaftliche Wirkung d. Produkte/DL 90	E2: Beitrag zum Gemeinwesen 40	E3: Reduktion ökologischer Auswirkungen 70	E4: Gemeinwohlorientierte Gewinnverwendung 60	E5: Gesellschaftliche Transparenz und Mitbestimmung 30	
Negativ-Kriterien	Verletzung der ILO-Arbeitsnormen/Menschenrechte -200	Feindliche Übernahme -200	Illegitime Umweltbelastungen -200	Umgehung der Steuerpflicht -200	Nichtoffenlegung aller Beteiligungen und Töchter -100	

Wem gegenüber werden diese Werte gelebt? Klassische Ökonomie: Allen Stakeholdern eines Unternehmens gegenüber, aber auch allen anderen Berührungsgruppen gegenüber: Allen Menschen oder Lebewesen, die von der Tätigkeit eines Unternehmens betroffen oder berührt sind, von den Zulieferanten bis hin zu den zukünftigen Generationen. In den Schnittstellen haben wir 17 Gemeinwohlindikatoren formuliert. Wir wollen die Unternehmen auch nicht überlasten mit einer neuen Berichtspflicht, sondern wir wollen ein möglichst repräsentatives Gesamtset an ethischen Verhaltensindikatoren von der Qualität der Arbeitsplätze über die Gerechtigkeit der Verteilung, die Ökologie der Produkte, den Sinn der Produkte bis hin zur innerbetrieblichen und gesellschaftlichen Mitbestimmung und Transparenz.

In Summe kann jedes Unternehmen ein Gemeinwohlpunkteergebnis von maximal 1000 Gemeinwohlpunkten erreichen und dieses Ergebnis, schlagen wir vor, soll auch transparent gemacht werden, damit in einer ersten freiwilligen Phase die angeblich rationalen Konsumenten und Konsumentinnen die tatsächlich freie Wahl haben, nämlich zwischen einem ethischen und einem unethischen Produkt.



Wenn sie heute ein durchschnittliches Produkt im Einzelhandel befragen: Wer hat dich hergestellt? Unter welchen Arbeitsbedingungen? Mit welchen Umweltbedingungen, mit welchem ökologischen Fußabdruck? Ist das Unternehmen ein solidarisches oder kannibalisches Unternehmen? Zahlt es einen fairen Steuerbeitrag? Finanziert es Parteien oder Lobbys, die die Unbedenklichkeit der Gifte in diesem Produkt bescheinigt? A: Sind das relevante Informationen? Und B: Werden die üblicherweise auf den Produkten dargestellt heute? Nein, wir leben in einer zutiefst intransparenten Marktwirtschaft, die deshalb gar nicht effizient sein kann, weil die Effizienz der Marktwirtschaft laut Lehrbuch daher rührt, das allen Marktteilnehmenden alle Informationen zur Verfügung stehen. Das heißt, die Gemeinwohlbilanz würde in einem ersten Schritt die Märkte transparenter und damit effizienter machen. Aber die Fehlsteuerung durch Märkte würde noch nicht behoben werden, was auch der Grund für die ersten 12 Unternehmen war, die Gemeinwohloökonomie-Bewegung zu gründen.

Bisher: Marktvorteil für unethisches Verhalten

Sie haben gesagt: Wir sind leidenschaftliche Unternehmer und Unternehmerinnen, aber wir machen die Erfahrung, dass, wenn wir uns ethisch verhalten, was unser intrinsisches Anliegen ist, so human, so sozial, so verantwortungsvoll, so nachhaltig und so umfassend ethisch wie möglich, dadurch unsere Kosten steigen. Dadurch sind auch die Preise unserer Produkte und Dienstleistungen höher als die Preise der Unternehmen, die diese Werte nicht so ernst nehmen. Dadurch schafft die derzeitige Wirtschaftsordnung den unethischen Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil und den ethischen einen Wettbewerbsnachteil.

Zwei kleine Beispiele: 40 Jahre nach Einführung von biologischen Lebensmitteln ist die Marktdurchdringung in Deutschland auf „sagenhafte“ 4% angestiegen, und 30 Jahre nach Einführung des fairen Handels ist die Marktdurchdringung auf 2% gestiegen. Und die Gemeinwohlökonomie sagt, als freie Konsumentinnen können wir nur entscheiden, dass wir, obwohl die ethischen Produkte teurer sind, wir sie dennoch kaufen. Also obwohl uns die Märkte dafür bestrafen, können wir uns als freie Konsumentinnen dafür entscheiden ethisch einzukaufen. Als Staatsbürgerinnen jedoch können wir uns dafür entscheiden, ob dieses Verhältnis so in Ordnung ist. Das heißt, die Wirtschaftsordnung können wir nicht als Konsumentinnen, sondern nur als Staatsbürgerinnen verändern. Wenn die ethischen Produkte preisgünstiger wären als die unethischen, dann hätten wir in sehr kurzer Zeit eine Marktdurchdringung von 100%, weil niemand die unethischen Produkte kaufen wird, wenn die auch noch teurer sind.

Gemeinwohlökonomie: Marktvorteil für ethisches Verhalten

Das wäre also der zweite Schritt, den wir vorschlagen, dass wir das Ergebnis der Gemeinwohlbilanz koppeln an eine differenzierte rechtliche Behandlung, je nach ethischer Leistung und ganz nach dem Verfassungsprinzip der Gleichbehandlung Gleiche endlich gleich zu behandeln und Ungleiche endlich ungleich zu behandeln. Derzeit werden Unternehmen, die Schokolade über Kinderarbeit erzeugen und Umweltzerstörung durch Monokulturen und Chemikalien, die ins Meer gespült werden, wodurch Korallenriffe sterben, fördern, gleich behandelt wie das Unternehmen, das fair und biologisch produziert. Und dadurch hat das unfaire Unternehmen einen Vorteil. Der Vorschlag ist, dass wir das umkehren, indem das

Rechtliche Vorteile für ethischen Handel:

- Steuervorteile
- Niedrigerer Zoll
- Günstigerer Kredit von der „Demokratischen Bank“
- Vorrang beim öffentlichen Einkauf
- Vorrang bei der Forschungskooperation

Unternehmen mit 1000 Gemeinwohlpunkten den geringsten Steuersatz zahlt und das Unternehmen mit 0 Gemeinwohlpunkten und darunter zahlt den höchsten Steuersatz. Das fairste Unternehmen genießt Freihandel, das unfairste Unternehmen zahlt einen so hohen Zollaufschlag, dass die Strategie, die Kosten auf Kosten von Mensch und Umwelt zu senken, zu einem betriebswirtschaftlichen Bumerang wird. Und im öffentlichen Einkauf zum Beispiel schaut die Stadt Lübeck oder das Land Schleswig-Holstein oder die Bundesrepublik zuerst auf die Gemeinwohlabilanz und dann auf den Preis. 20% der Wirtschaftsleistung gehen über den öffentlichen Einkauf, was ein mächtiger Steuerungshebel in Richtung ethisches Wirtschaften ist.

Neu: Die „Bank für Gemeinwohl“

Die Bank für Gemeinwohl:

- Gemeinwohlorientiert
- Konservative Kernaufgaben
- Keine Gewinnausschüttung
- Ausstieg aus dem Zinssystem
- Ökosoziale Kreditprüfung

www.mitgruenden.at

Wir gründen gerade die Bank für Gemeinwohl in Österreich, an der Sie sich auch beteiligen können, die jedes Investitionsvorhaben nicht nur auf die finanzielle Bonität prüft. Das ist eine hochmoralische Prüfung. Das Wort Bonität leitet sich aus dem lateinischen Wort „boni“ ab, was „gut“ bedeutet. Die Bank muss also ent-

scheiden, ob ein Kreditansuchen gut oder böse ist. Das sind die Vorschriften zur Prüfung eines Kreditansuchens. Das tut sie auch und es ist ja auch wichtig zu wissen, ob die Mittel, die ich investiere, mehr oder weniger werden. Aber die entscheidende Information ist doch, ob diese Investition zum Ziel des Wirtschaftens beiträgt und die Werte dieser demokratischen Gemeinschaft achtet oder missachtet.

Heute kann es sein, dass wir eine Investition als hocheffektiv betrachten, weil sie eine zweistellige Finanzrendite erwirtschaftet, dabei jedoch die Umwelt zerstört, die Ungleichheit vergrößert, Frauen diskriminiert und die Demokratie untergräbt. Trotzdem wird heute bei der Prüfung eines Investitionsvorhabens nur die Finanzrendite betrachtet. Eine als hocheffektiv erachtete Investition kann uns heute alle ärmer machen und uns enteignen, um unsere wesentlichsten Kulturgüter bringen. Das geht natürlich nicht mehr, wenn Kreditansuchen auch auf ihre ethischen Auswirkungen geprüft werden, und nur wenn keine Enteignungen stattfinden, nur dann darf der Kredit gewährt werden.

In Summe würden diese Maßnahmen dazu führen, dass die ethischen Produkte und Dienstleistungen preisgünstiger werden, und alles von dem, was heute zwar einen privaten Gewinn bringt, aber einen gesellschaftlichen Verlust, würde aus

der Rentabilitätszone hinaus wandern, und vieles von dem, was heute noch keinen privaten Gewinn bringt, aber schon einen hohen gesellschaftlichen Mehrwert, würde in der Zukunft auch einen privaten Gewinn bringen.

Der Gemeinwohlökonomie-Prozess als Demokratiebewegung

Damit habe ich den Kern des Modells vorgestellt. Alles andere hierzu können Sie nachlesen oder sich in den Regionalgruppen darüber austauschen.

Uns ist gar nicht das wichtigste, dass unsere Ideen umgesetzt werden. Wir sind eine demokratische Bewegung. Was uns wirklich wichtig ist und was wir fordern, ist, dass die Fundamentalbausteine unserer Wirtschaftsordnung in *demokratischen Prozessen* diskutiert und abgestimmt werden, nämlich in dezentralen Wirtschaftsversammlungen. Die haben zwar auf der Ebene der Kommune keine rechtliche Bindung, da auf der Ebene der Kommune keine Entscheidungen für die EU getroffen werden. Aber das ist ja nur die Vorübung. Über Delegierte im Bundeswirtschaftskonvent oder dem europäischen Wirtschaftskonvent werden dann nämlich genau diese wesentlichen Fragen der Wirtschaftsordnung eingebracht – z.B. was nun das Ziel des Wirtschaftens sein soll an erster Stelle, und ob Kredite nur und ausschließlich für reale Investitionen vergeben werden dürfen, wenn diese die Gemeinschaftsgüter nicht enteignen, oder ob Kredite in dem Moment, wo die finanzielle Bonität gegeben ist, vergeben werden dürfen, auch wenn es sich um Finanzspekulation handelt, die zum Beispiel den Welthunger erhöht oder die Stabilität des Weltfinanzsystems ins Wanken bringt. Diese Fragen werden dann in den europäischen Wirtschaftskonventen final aussortiert und dann abgestimmt von der höchsten Instanz: der Bevölkerung.

Die „Souveräne Demokratie“

Das Kernprinzip der Demokratie ist ja die Souveränität, was so viel heißt wie „über allem stehend“ (lat. *superanus*). Und in der Demokratie ist der Souverän das Volk. Eigentlich wissen wir das, aber spüren wir das? Spüren wir das, dass wir die höchste Instanz sind? Was hätte das denn zur Konsequenz, dass wir tatsächlich die höchste Instanz sind? Der Souverän hat als einziger das Recht, die Verfassung zu schreiben.

Aus meiner Sicht wäre es wichtig, dass der Souverän und nicht dessen Vertreter die Verfassung schreibt, da in der Verfassung die Rechte und Zuständigkeiten der *Vertretung* des Souveräns geregelt werden. Wenn sie so wollen, wird die Macht des Souveräns geregelt. Aber wenn die Vertretung des Souveräns (Parlament und Regierung) regelt, wer welche Macht hat, dann gibt sich die Vertretung des Souveräns selbst die ganze Macht und dem Souverän keine Macht. Dann

kommt es zu einem Bettel-Souverän, der selbst, wenn er etwas zu 90% möchte, kann er nur betteln dafür, dass seine Vertretung das auch umsetzt.

Souveräne Grundrechte:

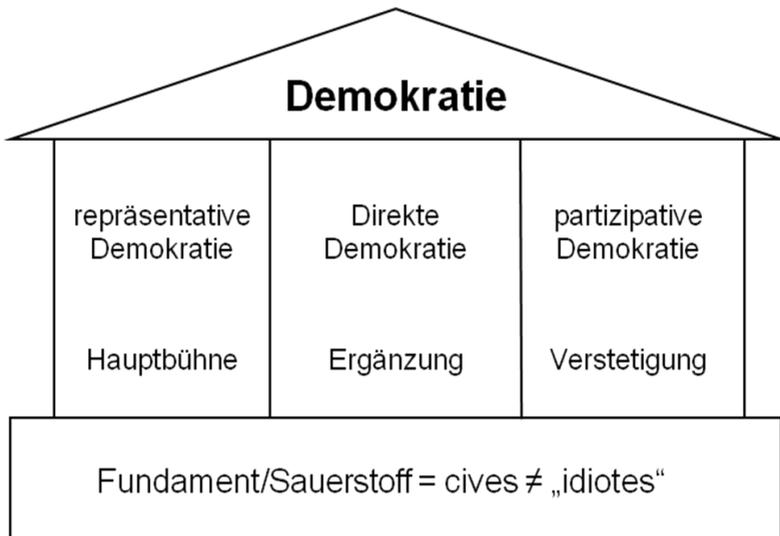
1. Verfassung schreiben
2. Verfassung ändern
3. Regierung wählen
4. Regierung abwählen
5. Gesetzesinitiative stoppen
6. Gesetz initiieren und beschließen
7. Öffentliches Gut kontrollieren
8. Rahmenmandat für internationale Verhandlungen

TTIP als Beispiel genommen: Eine Million Menschen sind nach derzeitigem EU Vertrag notwendig, um die Kommission auffordern zu dürfen, tätig zu werden. Drei Millionen Menschen haben mittlerweile eine europäische Bürgerinnen-Initiative unterzeichnet, dass das Verhandlungsmandat für die Verhandlungen zwischen den USA und der EU, das der Rat, der übrigens von niemandem direkt demokratisch gewählt wurde, an die Kommission vergab, die übrigens von niemandem direkt demokratisch gewählt wurde, zu Geheimverhandlungen, was übrigens mehr dem Mittelalter als der Demokratie entspricht, zurückgenommen werden sollte. Und die Kommission, die nicht einmal in der direkt gewählten Vertretung, sondern in der nicht direkten Vertretung des Souveräns agiert, die hat die Macht zu sagen, dieses Begehren sei *unzulässig*. Die formale Begründung ist, dass dieses Mandat des Europäischen Rates an die Europäische Kommission kein Rechtsakt ist. Wir haben nachgeschlagen im Artikel 288 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU und dort steht wörtlich: Beschlüsse des Rates sind Rechtsakte der Europäischen Union. Die Kommission spielt also auf Zeit. Wir haben geklagt, die Klage ist anhängig beim Europäischen Gerichtshof, aber bis das entschieden ist, kalkuliert die Kommission, ist das TTIP schon beschlossen.

kratisch gewählt wurde, an die Kommission vergab, die übrigens von niemandem direkt demokratisch gewählt wurde, zu Geheimverhandlungen, was übrigens mehr dem Mittelalter als der Demokratie entspricht, zurückgenommen werden sollte. Und die Kommission, die nicht einmal in der direkt gewählten Vertretung, sondern in der nicht direkten Vertretung des Souveräns agiert, die hat die Macht zu sagen, dieses Begehren sei *unzulässig*. Die formale Begründung ist, dass dieses Mandat des Europäischen Rates an die Europäische Kommission kein Rechtsakt ist. Wir haben nachgeschlagen im Artikel 288 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU und dort steht wörtlich: Beschlüsse des Rates sind Rechtsakte der Europäischen Union. Die Kommission spielt also auf Zeit. Wir haben geklagt, die Klage ist anhängig beim Europäischen Gerichtshof, aber bis das entschieden ist, kalkuliert die Kommission, ist das TTIP schon beschlossen.

Von wem beschlossen? Von der höchsten Instanz? Nein, denn wir können ja nicht wissen, was für uns gut ist, wir sind ja noch nicht mündig! Unsere Vertretung aber weiß, was für uns gut ist, deshalb muss das TTIP auch von unserer Vertretung beschlossen werden. In der derzeitigen Demokratie geht die Initiative für das TTIP von unserer derzeitigen „Vertretung“ aus, also – entschuldigen Sie bitte – von den mächtigsten Wirtschaftslobbys! Oder kennen Sie die Bürgerinitiative, die die Kommission aufgefordert hat, Verhandlungen für dieses TTIP aufzunehmen? Nein. Gut, also es geht von unserer „Vertretung“ aus, dann wird so halb-öffentlich verhandelt, es dürfen immerhin die Europa-Parlamentarier mit Bleistift in den Hochsicherheitsraum, um Einsicht in die Verhandlungsdokumente zu nehmen. Aber die Endentscheidung wird dann wieder sehr klar und eindeutig vom Nicht-Souverän beschlossen.

In einer souveränen Demokratie wäre es genau umgekehrt. Das Urmandat entspringt aus dem Souverän, dann verhandelt unsere Vertretung, die direkt gewählt werden sollte. In einer souveränen Demokratie schreibt der Souverän die Verfassung, erstens, um die Macht zwischen dem Souverän und seiner Vertretung neu aufzuteilen. Die einzige Veränderung zu heute ist dann, dass das Volk die konstruktive, verfassungsgebende Gewalt ist, das Parlament und die Legislative bleiben als gesetzgebende Gewalt bestehen. Die Gesetze die dem Parlament



entspringen, dürfen, gleich wie heute, nicht der Verfassung widersprechen. Aber wenn die Verfassung jetzt von uns kommt und nicht von dem Parlament, dann beißt sich die Katze nicht mehr in ihren eigenen Schwanz. Dann gibt es ein Verhütungsmittel, dass das Parlament etwas beschließt, dem wir widersprechen können.

Die Begrenzung der Ungleichheit der Einkommen – ein Spiel

In einer souveränen Demokratie werden auch die Verfassungsinhalte in der Grobform, was eben auch die Wirtschaftsverfassungsgrundlage ist, nämlich nur die 20 wichtigsten Grundlagen der Wirtschaftsordnung, vom Souverän vorgegeben. Dadurch kann dann die legislative Gewalt mit den Gesetzen diesen Verfassungswillen ausführen.

Ich habe jetzt in diesem Spiel ein Beispiel mitgebracht. Eine dieser 20 Fragestellungen könnte sich damit beschäftigen, die Ungleichheit zu begrenzen, da laut weltweiten Umfragen, auch der Financial Times, durchschnittlich 80% der Menschen in den USA, in Deutschland und in China sich eine geringere Ungleichheit wünschen. Aber unsere Vertretung wird und wird einfach nicht tätig, das heißt, hier wäre ein Beispiel, wo wir selbst tätig werden können. In der Naturwissenschaft ist das bekannt als negative Rückkoppelung. Wir spielen es einfach mal. Ich lade nun 5 Frauen und 5 Männer ein, auf die Bühne zu kommen und mit mir zu spielen. Es dauert ca. 3 Minuten und danach haben Sie erfahren, wie so ein dezentraler Wirtschaftskonvent vonstattengehen könnte.

*(10 Personen kommen auf die Bühne) ...*Wunderbar, nun haben wir 5 Männer und 5 Frauen auf der Bühne. Sogar eine geschlechtsgerechte Wirtschaftssammlung. In einem echten Wirtschaftskonvent würde es ein ganzes Jahr dauern, damit wir uns in der ersten Versammlung kennenlernen können und dann die Fragen, über die wir abstimmen wollen, und die Spielregeln entscheiden können, nämlich mit welchem Verfahren wir entscheiden wollen. Der einfachhalber habe ich die Frage mitgebracht und auch das Entscheidungsverfahren.

Die Frage lautet: *Wollen wir, der demokratische Souverän zu Lübeck, die Ungleichheit bei den Einkommen begrenzen?* Wir nehmen an, es gibt einen Mindestlohn von 1500 € netto für die reguläre Arbeitszeit im Monat von zum Beispiel 33 Arbeitsstunden, und jetzt besteht die Möglichkeit, die Ungleichheit zu begrenzen mit einem maximalen Vielfachen dieses Mindestlohns für die gleiche Arbeitszeit. Sie sind ein wirklich freier Souverän, d.h. Sie können sagen, „ich will keine Grenze für die Ungleichheit“. Dann schlagen Sie bitte den Faktor „unendlich“ vor. Wenn Sie keine Ungleichheit wollen, d.h. alle sollen gleich viel verdienen in derselben Arbeitszeit, schlagen Sie bitte den Faktor 1 vor. Und ich lade Sie ein, nach innen zu horchen auf ihr ganz persönliches Gerechtigkeitsempfinden. Vielleicht sagt Ihnen die Stimme: „Ich bin zwar für Ungleichheit, aber für maximal das x-fache oder y-fache oder z-fache des Mindestlohnes für das höchste Einkommen bei gleicher Arbeitszeit.“

Nun bitte ich Sie in einer ersten Runde um *Vorschläge für die maximale Ungleichheit* als Faktor! ... 3, 4, 5, 10, 7, 8 und 20 werden als Faktor vorgeschlagen. Jetzt kommt in einer zweiten Runde die Abstimmung. Wir entscheiden hier nicht mit Zustimmung, sondern wir messen den Widerstand gegen jeden einzelnen Vorschlag und es gewinnt der Vorschlag, der den geringsten *Widerstand* in der gesamten Bevölkerung hervorruft. Das hat einen wichtigen Hintergrund und kommt von zwei Mathematikern der Universität Graz, die sich über Demokratie und Entscheidungen Gedanken gemacht haben: Jede verbindliche Regelung schränkt die Freiheit von mehr oder weniger von uns mehr oder weniger ein,

schmerzt uns mehr oder weniger. Diese Tatsache erlaubt es, die Regel zu finden, die den geringsten Summenschmerz in der souveränen Bevölkerung auslöst und die Freiheit, von uns allen zusammen genommen, so gering wie möglich einschränkt. Also nun gehen wir vom Faktor 3 bis Faktor 20 alle ihre Vorschläge durch und Sie stimmen jedes Mal ab. Wenn Sie den Vorschlag hören und keinen Schmerz in sich wahrnehmen, dann ist auch keine Energie, Widerstand zu leisten, nötig. Sie heben also keinen Arm. Wenn es in Ihnen ein bisschen zwick, dann heben Sie mal einen Arm. Und wenn der Vorschlag in Ihnen so richtig schmerzt und weh tut, dann heben Sie bitte zwei Arme, um schweren Widerstand gegen den Vorschlag zu leisten. Jetzt entscheiden nur die Menschen auf der Bühne, aber im echten Wirtschaftskonvent würden alle entscheiden.

Nun starten wir: 1. Vorschlag: Die höchsten Einkommen sollen maximal mit dem 3-fachen des gesetzlichen Mindestlohns bei der gleichen Arbeitszeit begrenzt werden. Bitte zeigen Sie Ihren Schmerz und Widerstand gegen diesen ersten Vorschlag: Ich zähle 8 Arme. 2. Vorschlag: Die höchsten Einkommen sollen maximal mit dem 4-fachen des gesetzlichen Mindestlohns bei der gleichen Arbeitszeit begrenzt werden. Ich zähle 8 Arme. 3. Vorschlag: ... (s. Tabelle). Abstimmungsergebnis über das höchste Einkommen in Lübeck:

Faktor	3	4	5	7	8	10	20
Widerstand	8	8	6	8	8	11	15

Vielen Dank an die Mitspielenden. Sie dürfen wieder Platz nehmen.

Also gestern in Bremen hat auch Faktor 5 gewonnen. – Glauben Sie, dass dieses Ergebnis repräsentativ ist für 25 Staaten mit ungefähr 50.000 Menschen (mit so vielen habe ich bisher dieses Spiel gespielt)?

Weltweit gewinnt in 95% aller Fälle der Faktor 10.

Spitzeneinkommen im x-fachen des Mindestlohns:

- Österreich 1000-fache
- Deutschland 6000-fache
- US-Industriemanager 65.000-fache
- US-Hedgefonds-Manager 360.000-fache

Aber es gibt auch diese Ausnahmen: Letzte Woche zum Beispiel war ich bei den Baden-Badener Unternehmensgesprächen eingeladen. Das sind die Top-Manager der Dax-Konzerne. Und wissen Sie, welcher Faktor da gewonnen hat? Der Faktor 100! Das würde in Deutschland immerhin zu einer Reduktion um den Faktor 60 führen. In den USA wäre das eine noch etwas größere Reduktion der Ungleichheit (s. Tabelle!).

Letzte Frage: Wer hat das (die Spitzeneinkommen, s. Tabelle) entschieden? Der Souverän? Nein, sondern die Vertretung des Souveräns. – Das ist nur ein weiteres Beispiel von vielen, dass in wesentlichen Entscheidungen die Vertretung des Souveräns etwas anderes entscheidet, als der Souverän wünscht. Und genau deshalb schließen sich immer mehr Menschen dieser vor 5 Jahren noch nicht existierenden Gemeinwohl-Bewegung an. Heute sind es 1881 Unternehmen aus 40 Staaten, 17 Vereine sind gegründet und 3 Banken sind schon gemeinwohlabilanziert. Auch öffentliche Einrichtungen wie Hochschulen sind gemeinwohlabilanziert. In Spanien gibt es einen Ort, der über seinem Ortsschild „Gemeinwohlgemeinde“ stehen hat. In Südtirol gibt es schon 4 Gemeinden, die nicht nur eine Region gegründet haben, sondern der Südtiroler Landtag, mit dem wir genauso zusammenarbeiten, hat in einem Gesetz beschlossen, gemeinwohlabilanzierende Unternehmen zu belohnen.

„Der Südtiroler Landtag ...
... verpflichtet die Regierung (...)
 ➤ Unternehmen mit guter Gemeinwohl-Bilanz Vorrang im öffentlichen Einkauf zu geben
 ➤ Gemeinwohlorientierte Gemeinden vorrangig zu fördern“
 Bozen, 18. Dezember 2014
 CHRISTIAN FELBER

Und jetzt kommt noch etwas möglicherweise Überraschendes für Sie. Der Umstand, dass wir uns mittel- und langfristig für eine souveräne Demokratie einsetzen, heißt nicht, dass wir nicht mit den bestehenden, politischen Institutionen zusammenarbeiten, mit Parlamenten und Regierungen auf allen Ebenen. Wir wurden beim europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss eingeladen. Der besteht aus ca. 350 Mitgliedern und bildet die Zivilgesellschaft ab, weil er aus Arbeitgeberverbänden, Arbeitnehmerverbänden, Konsumentenschutz- und Sozialverbänden sowie agrarischen Interessensvertretungen besteht. Er hat leider keine gesetzgebende Kraft. Er kann aber Stellungnahmen formulieren, um die europäische Kommission aufzufordern, die Gemeinwohlökonomie in den europäischen Rechtsrahmen und den Rechtsrahmen der Nationalstaaten einzuarbeiten. Die Abstimmung war am 17. September und das Ergebnis war, dass 13 abstimmende Mitglieder dagegen gestimmt haben, 11 Mitglieder haben sich

enthalten und 144 Mitglieder haben für die Gemeinwohlökonomie gestimmt. Das ist eine Mehrheit von 86% der abgegebenen Stimmen! –

Und dort sind wir schon, obwohl wir uns als Prozess von unten nach oben verstehen. Jede Person kann mitmachen, zum Beispiel hier und heute die Regionalgruppe Lübeck mitbegründen. Jedes Unternehmen kann sofort und jetzt die Gemeinwohlbilanz erstellen. Jede Kommune kann eine Gemeinwohlkommune werden und jede Bildungseinrichtung kann in der Lehre, in der Forschung, in der öffentlichen Verbreitung oder in der Anwendung mitwirken. –

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

(Das Manuskript wurde von Nele Twisselmann von einer Tonaufzeichnung erstellt und von Wolfram Eckloff redaktionell bearbeitet.)

- Privatperson: Energiefeld gründen, Mitgliedschaft, spenden, ...
- Unternehmen: Bilanz erstellen, Produktampel, ...
- Gemeinde: Gemeinwohl-Gemeinde werden, ...
- Bildungseinrichtung: Lehre, Forschung, Bilanz, ...

info@gemeinwohl-oekonomie.org

berlin@gemeinwohl-oekonomie.org

